

# Abend-Vorwärts

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nr. 322a

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Moritzplatz 15190-15197.

Sonnabend, den 23. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Moritzplatz 15190-15197.

35. Jahrg.

## Foch will den Krieg fortsetzen.

### Die Absichten der französischen Generäle

**Fortsetzung des Krieges — Zertrümmerung Deutschlands.**  
Das offensichtliche Bestreben der französischen Militärs ist dahin, die Waffenstillstandsbedingungen als ein Mittel der Kriegsführung zu betrachten und Deutschland zu zerteilen, seine Reichseinheit aufzulösen. Die Befürchtung, die Hindenburg in seinem Telegramm an das Hauptquartier ausgesprochen hat, daß nämlich die Franzosen auf den Wiederbeginn des Kampfes mit Deutschland lauern, ist durchaus in greifbarer Nähe gerückt. Die Reichsleitung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, an das Oberste Hauptquartier einen Befehl herauszugeben, wonach jedes Feuergefecht mit den Franzosen zu vermeiden ist, selbst wenn die Franzosen auf unsere Truppen schießen. Eine Vermüstung des deutschen Bodens durch Kampf hat unter allen Umständen zu unterbleiben. General Grenier hat in einer heute früh eingesandten Depesche geantwortet: „Dem Wunsche der Reichsleitung, den Waffengebrauch gegen unsere Feinde nochmals zu verbieten, ist nachgekommen worden.“

Die französischen Generäle bemängeln die hervorragenden Marschleistungen der deutschen Truppen und behaupten, daß die Räumung nicht rasch genug vor sich geht. Sie verlangen nicht nur Kriegsmaterial und Verlethmaterial, wie sie im Waffenstillstandsvertrage ausbedungen sind, sondern hochwertiges Qualitätsmaterial, obwohl über die Qualität der ablieferungsspflichtigen Gegenstände im Waffenstillstandsvertrage keine Bestimmungen getroffen worden sind. Sie wollen einen Verzug in der Ablieferung der Lokomotiven und der Wagen mit den schärfsten Mitteln, nämlich mit der

Wahrscheinlich hat die deutsche Regierung jetzt vor der Alternative steht: die angeforderten Verlethmittel auszuliefern und das Volk einer katastrophalen Hungers- und Kältezeit zu überliefern, oder infolge höherer Gewalt die Erfüllung der Bestimmungen dieses Vertragspunktes um eine Kleinigkeit zu verzögern, um die physische Existenz des deutschen Volkes zu ermöglichen.

Alle Gerüchte von einer revolutionären Auflösung der gegenwärtigen Armee haben sich als falsch erwiesen. General Foch hat nach immer ein vollkommen taugliches Instrument in der Hand, um seine militärischen Pläne zu verwirklichen. Ein maßgebender Einfluß der von den französischen Sozialisten ausgeht würde, ist nicht zu bemerken, jedenfalls setzt er sich trotz allen guten Willens, den wir voraussetzen, nicht durch. Die Militärs sind in allen Ländern dieselben, und der Kampf der Sozialisten gegen die herrschende Klasse ist überall gleich schwer. Das haben wir im Falle des West- und Ostkrieges erfahren, das erfahren die Franzosen jetzt.

### Frankreichs Kriegsoffer: 1,6 Millionen.

Nach einer Äußerung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Ausschusses im Senat, betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1 600 000 Mann. Relativ übertrifft dieser Verlust den deutschen Verlust an Toten, der sich nach den Ziffern bis Ende Oktober mit 1 584 100 Mann in der gleichen Höhe hält. Inzwischen die Franzosen haben ihre Kolonialvölker für sich bluten lassen und wie furchtbar deren Blutsteuer war, ist in vielen deutschen Heeresberichten hervorgehoben worden.

Die englischen Verluste an Toten, Verwundeten und Vermissten (einschließlich der Verluste aus den Kronländern und Indien) belaufen sich nach offizieller Mitteilung auf insgesamt 3 049 991 Mann. Davon sind 657 701 Tote.

### Die Verfassung der Übergangszeit.

#### Arbeiterräte und Reichsregierung.

Amlich. Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Übergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Eigenschaften der Revolution zu behaupten und aufzubauen, sowie die Gegenrevolution zu verhindern.
2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.
3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik.
4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Preußens, erfolgt durch den generellen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zugeht.

5. Vor der Berufung der Sachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Im Anschluß an diese Vereinbarung die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festsetzt, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

### Die hessischen Räte für Nationalversammlung.

#### Gegen die Diktatur.

Darmstadt, 22. November. Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat beschloß in der heutigen Vollversammlung, nachstehenden Funkspruch an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden:

Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat verlangt im Einverständnis mit der hessischen Regierung, von der Reichsregierung die umgehendste Einberufung der Nationalversammlung, die allein eine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt die Diktatur irgendwelcher Klassen ab. Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bittet die süddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und die norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die gleiche Bestimmung sind, gemeinsam mit dem Hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat von der Reichsregierung und der Nationalversammlung nicht baldigst einderufen kann und die Diktatur in Berlin aufkommen sollte, die süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gemeinsam mit den Regierungen die Einberufung der Nationalversammlung in einer süddeutschen Hauptstadt veranlassen sollen.

### Solidarische Demokratie des einheitlichen Deutschland.

#### Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 22. November. Auf das Telegramm des hessischen Staatsministers Ulrich hat das Mitglied der Reichsregierung Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt: „Durch Ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht

in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

### Ministerrücktritte in England.

London, 22. November. Lord Robert Cecil ist infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung in der Frage der Walliser Kirchentrennung zurückgetreten.

London, 22. November. (Newsp.) „Evening News“ erzählt, daß der Nahrungsmittelkontrollleur Glynes sich entschlossen hat, aus der Koalitionsregierung auszuschcheiden.

Die kommenden Neuwahlen beherrschen die politischen Vorgänge in England. Daß Cecil, diese Hauptstütze Lloyd Georges, das Amt beiseite wirft, ist ein Zeichen, wie wenig die Wahlscheidungen von dem Kriegsgesichtspunkt allein bestimmt werden. Der Rücktritt Glynes, der nach einigem Schwanken in den Nachrichten nun doch erfolgt ist, geht auf den bekannten Beschluß der Arbeiterpartei zurück, daß die Arbeiterminister alsbald aus dem Kabinett ausscheiden sollen. Andere dürften ihm auf seinem Wege folgen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Es wird viel bemerkt, daß das jetzt veröffentlichte Koalitionsmanifest nur von Lloyd George und Bonar Law unterzeichnet ist und nicht auch von dem Arbeiterminister Barnes. Offenbar ist die Stellung der Arbeiterpartei in der Koalition noch unbelannt. Inzwischen sind die liberalen Kandidaten gezwungen, die Zustimmung der unionistischen Einzelstädter einzufordern, wenn sie von der Koalition unterstützt werden wollen. Dort, wo die liberalen Kandidaten als Koalitionskandidaten anerkannt wurden, wählten sich ihre unionistischen Gegenkandidaten, in den meisten Fällen zurückzutreten. Man fürchtet, daß auf diese Weise die liberale Partei im Parlament fast ausgerottet werden wird. Die „Daily News“ schreibt, daß sichere liberale Wahlkreise zu Duzenden an Unionisten ausgeteilt werden und stellt Lloyd George als denjenigen Mann an den Pranger, der den Liberalismus verkauft habe.

### Der Anschlag auf das Polizeipräsidium.

#### Weitere Pläne des Spartakusbundes.

Unsere Hoffnung, der traurige Vorfall auf dem Alexanderplatz werde auf die besinnungslosen Fanatiker des Spartakusbundes ernüchternd wirken, hat sich leider nicht erfüllt. Der Spartakusbund, der noch nicht ein Prozent der Bevölkerung zu seinen Anhängern zählt, legt es darauf an, dem ganzen Volk seinen Willen aufzuzwingen, er geht in dieser Richtung zielbewußt und mit größter Energie vor. Damit muß gerechnet werden.

Wir stellen die Tatsachen noch einmal fest. In der Nacht zum 21. November übernahm in den Pharusälen ein unbekannter Mann nach Schluß der Versammlung den Vorsitz und brachte eine Resolution zur Abstimmung, die den Stadtkommandanten Wels und den Polizeipräsidenten Eichhorn für abgesetzt erklärt. Die „Note Fahne“ sucht zu bestreiten, daß auch die Abhebung Eichhorns, der ein Unabhängiger ist, beschlossen worden sei, es sei nur die Abhebung von Wels beschlossen worden. Das ist eine Ausflucht, die man braucht, um die Unabhängigen, auf deren Hilfe man noch immer rechnet, nicht vor den Kopf zu stoßen. Aber wenn auch „nur“ die Abhebung von Wels beschlossen worden wäre, was folgt daraus? Wels ist von der Reichsleitung und dem Vollzugsrat als Stadtkommandant eingesetzt — eine Versammlung kann keine Abhebung fordern, aber nicht „bestimmen“. Ein solches „Bestimmen“ des Spartakusbundes ist gescheit und abgelehnt.

Daß die Abhebung Eichhorns nicht beschlossen wurde, ist eine Unwahrheit. Der Stolz richtete sich sogar in erster Linie gegen Eichhorn. Wir melden am 22. d. M. morgens, daß die Abhebung Eichhorns „beschlossen“ worden sei. Unser Bericht, den wir, um vielleicht überflüssige Aufregung zu vermeiden, nicht ganz veröffentlichten, belagert aber weiter noch folgendes:

Aus der Versammlung erhoben sich härmliche Rufe: „Auf, nach dem Alexanderplatz!“ Darauf sprang ein Mann auf die Tribüne und rief: „Ja, auf nach dem Alexanderplatz! Aber geht erst nach Hause und nehmt Euch mit, was Ihr dazu braucht.“

Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorgang auch auf der Kommandantur und auf dem Polizeipräsidium bekannt wurde und daß man Vorsichtsmaßnahmen traf. Zufällig erschienen nach Witternacht etwa 1000 Personen auf dem Alexanderplatz, die zu solcher Zeit und nach solchem Vorspiel wohl nicht erwarten konnten, mit besonders herzlichem Vertrauen aufgenommen zu werden. Die „Note Fahne“ stellt nun den weiteren Vorgang folgendermaßen dar:

Die Deputation wurde zum Präsidenten geschickt, während die Menge vor dem Haupteingang in der Alexanderstraße ruhig wartete. Nach einiger Zeit kam vom Alexanderplatz her eine Kompanie von etwa 6 Soldaten, deren Führer sehr schroff auftrat. Mächtig erschien aus der gleichen Richtung ein Lastauto mit etwa 20 Mann; als es sich an der Alexanderstraße befand, ertönten in der Menge Rufe: „Die schießen!“ Und schon begann ein regelrechtes Salven- und Kleinfucos aus den Autos, und angefaßt auch aus den oberen Fenstern des Präsidiums, wo sich Pistolen zeigten. Es wird bestimmt bekräftigt, daß der erste Schuß von der Menge ausging.

Die Alarmierung der Verhinderung der Sicherheitswache, durch deren Eingreifen der blutige Zusammenstoß veranlaßt wurde, ist vom Stadtkommandanten Wels persönlich veranlaßt.

Auf seine Veranlassung war auch die Schloßbrücke mit Maschinengewehren abgesperrt, um einen befürchteten Angriff gegen die Kommandantur abzumehren; dank der Besonnenheit der Menge traten die Maschinengewehre nicht in Tätigkeit.

Der ganze Vorfall zeigt, daß das revolutionäre Deutschland in höchster Gefahr ist, in einvernehmliche Polizeiwirtschaft zurückzuverfallen. Wels und Koalition — das ist die Gegenrevolution, wie sie lebt und leidet. Die Entfernung dieser gemeinschaftlichen Elemente aus ihren jetzigen Posten, das ist das dringendste Gebot für die arbeitenden Massen Berlins.

Dagegen stellen wir fest, daß die Sicherheitsorgane der republikanischen Behörden strange Anweisung haben, nicht zu schießen, solange nicht auf sie geschossen wird. Dementsprechend haben sie auch gehandelt. Zufällig wurde der erste Schuß aus der Menge abgegeben. Der einzige Tote ist ein republikanischer Sicherheitskandidat.

Wenn Wels nach den Vorgängen in den Pharusälen Maßnahmen zum Schutz des Polizeipräsidenten und der Kommandantur getroffen hat, so hat er nur seine Pflicht getan. Wer anderer Auffassung ist, mag sie ruhig vertreten. Auf keinen Fall sind nachlässige Unternehmungen einer kleinen Gruppe geeignet, eine zweckmäßige Neuorganisation der Kommandantur in die Wege zu leiten.



Wohin aber die Absichten des Spartakusbundes gehen, zeigt noch deutlicher folgende Notiz, die die „Rote Fahne“ als letzte Nachricht veröffentlicht:

Umfangreiche Heranziehungen von auswärtigen Truppen werden von dem Stabskommandanten Wels in Berlin vorgenommen mit dem ausgesprochenen Zweck, die gegen revolutionäre Teile der Berliner Arbeiter und Soldaten anzuwenden, die für die Fortführung der Revolution sich einsetzen. Alle verfügbaren Gebäude im Zentrum der Stadt sind mit hunderttausenden Truppen besetzt, der Stabskommandant wartet nur auf den äußeren Anlaß, die Maschinengewehre schießen zu lassen. Für die revolutionären Arbeiter und Soldaten ist es hohe Zeit, solchen konterrevolutionären Vorbereitungen in energischer Weise entgegenzutreten, wenn sie sich nicht einer Nachlässigkeit schuldig machen, die sie mit ungeheuren Opfern bezahlet werden.

Dah die republikanischen Behörden im allgemeinen und Wels im besonderen konterrevolutionäre Vorbereitungen treffen, ist eine freche Lüge, die nur auf ganz Urteilslose Eindruck machen kann. Was will denn der Vollzugsrat, die Reichsleitung, was wollen Eickhorn und Wels? Etwas die Hohenzollern wieder auf den Thron setzen, das Dreiklassenwahlrecht wieder einführen? Nein, sie wollen die vollste demokratische und republikanische Freiheit, sie wollen, daß das Volk selbst über sich bestimme, und das wollen die Spartakusleute nicht, die gegen den Volkswillen mit Maschinengewehren und Belagerungszustand und Terror regieren wollen.

Ist also die Behauptung, es würden von den republikanischen Behörden konterrevolutionäre Maßnahmen getroffen, eine lächerliche Behauptung, so ist die an die Spartakusbänder gerichtete Warnung, diesen angeblichen Vorbereitungen vorzuzukommen und dadurch ungeheure Opfer zu vermeiden, ihrem Sinne nach vollkommen klargestellt. Ganz wie die einstige Kriegspartei im Sommer 1914 suchte die jetzige Bürgerkriegspartei ihren Anhängern einzureden, der Bürgerkrieg sei unvermeidlich, es handle sich nur noch darum, den Gegnern zuvorzukommen. Sie redet ihren Anhängern ein, sie wolle „die Revolution fortführen“, meint aber mit der Revolution den Bürgerkrieg, den Krieg gegen diejenigen Arbeiter, Soldaten und Sozialisten, die auf dem Wege der Freiheit zur sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft gelangen wollen.

Wir wollen keine Gewalt und kein Blutvergießen. Und darum wenden wir uns nochmals an die Anhänger der Spartakusgruppe selbst und appellieren an ihre Vernunft und ihr Gewissen. Niemand will ihnen die Freiheit verweigern, in Wort und Schrift ihre Überzeugungen zu verketen, aber wenn sie sich das Recht herausnehmen, nicht auf Majoritäten, sondern auf Gewehre gestützt, nach ihrem Willen zu regieren — was dann? Dürfen sie von uns erwarten, daß wir mit weniger Mut für unsere Überzeugung eintreten werden als sie für die ihre? Ein Gewaltstreich des Spartakusbundes würde nach unserer Überzeugung die unheilvollsten Folgen für das Volk und ganz besonders für die Bevölkerung von Groß-Berlin haben, die dadurch vom Reich abgeschnitten würde. Uns droht völliger Zerfall. Sozialisten, die während des Krieges auf der alleräußersten Linken gestanden haben, sehen diese Gefahr und warnen vor ihr.

Wir wollen nicht, daß noch mehr geblutet und noch mehr gehungert werden soll. Wir wollen Frieden, Freiheit, Brot! Keines von diesen dreien kann uns der Spartakusbund nehmen. Krieg draußen und drinnen, nicht zur Freiheit, sondern zur Gewaltherrschaft, sie brinat und schließlich nicht Brot, sondern Hunger. Die Millionen der Stadt Berlin müssen den paar tausend Anhängern Viehwirtschaft so laut und deutlich wie möglich sagen, daß sie sich keinen Tag von ihnen regieren lassen wollen. Das ist das einzige Mittel, sie zur Besinnung zurückzubringen, es muß mit aller Energie angedrungen werden!

## Revolution und Gesundheitspflege. Die Seuchengefahr.

Ein Arzt und Parteigenosse schreibt uns:

Das reinigende Gewitter der Revolution hat natürlich auch eine Reihe von Schäden gestiftet, welche sich auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens nunmehr bemerkbar machen. Teilweise sind die früheren Organisationen zertrümmert worden, ohne daß bisher neue gut funktionierende Einrichtungen an ihre Stelle getreten sind, teilweise ist die straffe Disziplin gelockert worden, wobei bei vielen das Verantwortlichkeitsgefühl leider nicht den Zwang ersetzen konnte.

Auf manchen Gebieten des öffentlichen Lebens werden sich diese Nachteile allmählich beseitigen lassen. Auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege haben sich jedoch schon in den wenigen Tagen, seit dem Ausbruch der Revolution ganz erhebliche Mängel gezeigt, welche der sofortigen Abhilfe bedürfen, soll neben dem militärischen Zusammenbruch nicht auch noch der Ausbruch von Seuchen die Kraft des Volkes verzehren. Das aufgelöste Heer strömt von den Grenzen in die Heimat zurück. Alle Vorkehrungsregeln — Quarantäne, Einlausung, allmählicher Abmarsch der Truppen — sind durch die Ereignisse unmöglich gemacht worden. In den einzelnen Garnisonen ist man vielfach außerstande, die verschiedenen Truppenkontingente zu entlausen usw. Durch die Einquartierung werden Krankheiten und Ungeziefer in die Bevölkerung der Bevölkerung verstreut, kurz es besteht die große Gefahr, daß jetzt am Schlusse des unheilvollen Weltkrieges noch Seuchen den Rest der Volkskraft verzehren.

Man ist nun gegen diese Gefahr in der Regierung nicht blind. Mit aller Macht sucht man die teilweise ungenügenden Vorbereitungen des alten Regimes durch Einrichtung entsprechender Anstalten usw. zu verbessern. Da zeigt es sich aber, daß zwei Widerstände vorhanden sind: der schwerfällige Verwaltungsapparat, welcher wohl, solange der alte Bureaucratismus ungestört arbeitete, gut funktionierte, hat an vielen Stellen verfaßt. An den Militär Lazaretten haben die Kranken vielfach ohne Zustimmung der Ärzte die Lazarette verlassen. Daß dabei viel anstehende Kranke, besonders auch Geschlechtskranke, sich wieder unter die Bevölkerung gemischt haben, und die Anstaltung weiter verbreiten, sei nur nebenbei bemerkt. Ärzte und Sanitätspersonal haben vielfach ihren Posten verlassen, sind von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten beurlaubt oder abgesetzt worden, kostbares Material wird entwendet und veräußert, kurz, es steht, erfolgt ist sofortige Abhilfe, ein Zusammenbruch auf dem Gebiete des Sanitätswesens bevor, unter dem zunächst unsere Kranken und verwundeten Kameraden, weiterhin aber die gesamte Bevölkerung zu leiden haben werden.

Die Hemmungen, welche durch den bisherigen schwerfälligen Verwaltungsapparat bedingt werden, lassen sich bei gutem Willen der maßgebenden Instanzen und besonders der jetzigen Reichsregierung leicht beseitigen, vorausgesetzt, daß energische und sachkundige Berater ihre Anregungen geben. Anders aber steht es mit der Ausführung der getroffenen Verbesserungen. Die Militärverwaltung hat z. B. nicht die Macht, die Ärzte usw., welche sich pflichtwidrig von ihren Posten entfernt haben, zurückzuholen oder die ungewöhnlichen Maßnahmen zu setzen. Die Weisungen der Reichsregierung werden oft nicht befolgt, einfach weil die Regierung nicht die Macht hat, ihren Willen durchzusetzen gegenüber der mangelnden Einsicht lokaler Instanzen. Will man daher die drohende Gefahr auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege verhüten, so ist es unbedingt erforderlich, eine Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte sofort ins Leben zu rufen.

Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte hat die Macht in den Zentralbehörden in die

Hand genommen und unter seiner Verantwortlichkeit werden die Verordnungen in den Ministerien usw. zumeist erlassen. Die Provinzial-Soldaten- und Arbeiterräte erkennen aber oft diese Verordnungen nicht an, weil sie ohne ihr Mitwirken und ohne Berücksichtigung der anders gearteten lokalen Verhältnisse erlassen worden sind. Es ist daher dringend notwendig, daß eine Zentralinstanz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, oder zumindest der einzelnen Bundesstaaten, geschaffen wird, in welcher die allgemeinen künftigen Verordnungen sanktioniert werden. Durch Abordnung von Delegierten der einzelnen Arbeiter- und Soldatenräte in diese Instanz wird dann allen örtlichen Instanzen die Möglichkeit gegeben, mit zu raten und mit zu beschließen. Auf der anderen Seite wird dann auch die Willkür beseitigt, diese Beschlüsse anzuerkennen und für ihre strikte Durchführung zu sorgen.

So wird dann der Zentralregierung eine wirksame Exekutive zur Verfügung gestellt, ohne die ein erfolgreiches Arbeiten unmöglich ist. Auf keinem Gebiete der öffentlichen Verwaltung ist es möglich, bei dem jetzigen Durcheinanderregieren der verschiedenen Instanzen Ordnung und Sicherheit aufrecht zu halten, am wenigsten aber auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, und gerade hier drohen die größten Gefahren.

## Verordnung über Verhütung von Seuchen.

Auf Grund des Erlasses des Reichspräsidenten vom 12. November 1918 wird zur Verhütung von Seuchen verordnet:

§ 1. Sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine haben sich vor ihrer Entlassung einer ärztlichen Untersuchung auf das Vorhandensein von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten zu unterziehen. Den zu diesem Zweck ergehenden Anordnungen ist Folge zu leisten.

§ 2. Wer bei der Untersuchung als befallt mit Ungeziefer gefunden wird, ist sobald als möglich zu entlausen.

§ 3. Wer sich bei der ärztlichen Untersuchung als befallt mit einer übertragbaren Krankheit, insbesondere einer Geschlechtskrankheit erweist, wird in Lazarettenbehandlung genommen, bis die Ansteckungsgefahr erloschen ist.

Besteht bei dem Erkrankten Bewußtsein für die Einhaltung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen die Verbreitung der Krankheit, so kann von einer Lazarettüberweisung abgesehen werden und die Entlassung erfolgen.

§ 4. Wer vor seiner Entlassung einer Untersuchung der im § 1 bezeichneten Art nicht unterzogen worden ist, hat sich unverzüglich bei der nächsten erreichbaren militärischen Behörde oder bei der Ortsbehörde seines Aufenthaltsortes dementsprechend der ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Die Militär- und Ortsbehörden haben die notwendigen Anordnungen für die Herbeiführung der ärztlichen Untersuchung und der im Anschluß hieran gemäß § 2 und § 3 erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 5. Die Behandlung und Verpflegung der in Lazaretten Unterbreiteten ist unentgeltlich. Im übrigen erhalten sie dieselben Vergütungen wie erkrankte Heeresangehörige. Auch die Familienunterstützungen werden weitergezahlt.

§ 6. Entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine Beschäftigung darüber beibringen können, daß sie von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei sind, dürfen von den Gemeinden nicht in Bürgerquartiere geleitet werden.

§ 7. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 20. November 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung

(Dr. H. H. H. H. H.)

923. Reichs.

## Der deutsche Durchmarsch durch Limburg. Protest der Alliierten.

Bern, 22. November. Die „Progrès de Lyon“ aus Paris berichtet, haben die alliierten Regierungen beschlossen, bei der holländischen Regierung offiziell gegen die Neutralitätsverletzung anlässlich der Gefangenschaft des Durchmarsches deutscher Truppen durch Holländisch-Limburg zu protestieren.

## Der Aberglaube vom Oelbild.

Ausstellung der Werke Siebogs.

Es müßte einmal festgestellt werden, wie Europa zum Oelbild gekommen ist. Ganz Ästen, daß die Malerei zu hoher Blüte entwickelt hat, kennt diese Gattung nicht. Bei uns aber herrscht die Meinung, daß die bildende Kunst nur im Oelbild sich vollkommen auszuweisen vermag. Man wird uns tadeln, wenn wir das für einen Aberglauben erklären. Da wir aber gerade eine vorläufige Gelegenheit haben, unsere legerische Auffassung zu beweisen, so wollen wir sie gottesfürchtig allen denen anbieten, die mit rührendem Erstaunen ungewohntes Handwerk, verblüffende Virtuosität und halbeschwerfliche Akrobatik für Kunst nehmen. Die Gelegenheit, die wir meinen, ist die Ausstellung, die in den Räumen der Freien Secessiön zu Ehren des fünfzigjährigen Max Siebogs veranstaltet ist. 250 Oelbilder sind zu sehen. Als Ertragnis einer dreißigjährigen Arbeit eine respektvolle und gewiß keine gewöhnliche Leistung. Im Gegenteil: es gibt nicht viele, die solche blendende Reihung ringender und gelungener Werke aufweisen können. Max Siebogs darf schon sagen, daß es sich gelohnt hat, gelebt zu haben. Wie ein Turm steht er über dem Gewimmel der Alltäglichkeit: ein Führer des deutschen Impressionismus, ein Meister der Art, wie der technische, der merkanitile, der kapitalistisch-gonieserische, der im D. Zug internationalisierte Mensch vom Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die Welt sieht.

Aber es hängt hier kaum ein Bild, jedenfalls kein größeren Ausmaßes, vor dem man nicht den Eindruck empfängt, daß der, der es machte, ein Geisteskranker war, daß er sich selbst gefesselt hat. All diese zupackenden Augenüberhebungen leiden unter einem peinlichen Neß an Konvention, werden gedämpft und gelähmt durch den Aberglauben an das Oelbild. Nur selten ist man der Empfindung ledig, daß dieser Mann noch unendlich mehr an geübtem Gelebtem hätte festhalten und in die federnde Spirale der Linien wie in das explodierende Gemisch der Farben hätte bannen können, wenn er nicht unter dem Fluch des Formals und der Repräsentation stände, wenn er sich nicht durch die Nebenabsicht, den Philister zu betäuben und im Ausstellungskatalog unter einem pompösen Titel Sensation zu verheizen, verstellen ließe. Was hätte aus diesem Siebogs werden können, wenn er etwa vor tausend Jahren in China, vor dreihundert in Japan geboren wäre oder wenn er etwa wie Daumier nur selten verpflichtet gewesen wäre, auftragsgemäß und verfassungsfähig eifrig Quadratmeter Reinwand herzurichten! Dabei freilich, und zwar mit allem Nachdruck, darauf hinzuwirken ist, daß es auch solche einen glücklichen und sorglosen, nur aus sich heraus geflossenden, jagenden und sabulierenden, träumenden und brausenden, vom Aberglauben an das Oelbild ganz befreiten Siebogs gibt. Auch er ist in dieser Ausstellung vorhanden, aber ob das Publikum, das eben jenem Aberglauben völlig verfallen ist, ihn finden wird, scheint mehr als fraglich zu sein. Es freut uns darum, mitteilen zu können,

daß das Kupferstichkabinett demnach den eigentlichen Siebogs, den Zeichner, den Geographen, den Illustrator, zeigen wird.

Durch solche Betrachtung aber soll sich niemand die Laune verderben lassen, die Siebogs-Ausstellung zu besuchen. Es gibt da schon allerlei Gewinn zu holen. Erregung der Augen, Anspannung der Nerven, Heterogenität der Sinne und Aufstachelung des Dämons, der, wenn er nur entzaubert wird, auch das Blut des Gedächtnisses aller Zivilisierten springen macht. Es sind im besonderen die ganz kleinen Bilder, die solche Zauberei und all die anderen Wunder bewirken. Ein Hengst geht in scharfer Diagonale auf den Hinterbeinen hoch, bestehend von Brust, schraubend, mit den Hüften die Luft schlagend. Es ist Raacht, hochzeitliche, sturmgerüttelte Raacht, durch die am Horizont ein weißer Wolk aufleuchtet: die Stute. Jugend eine verlorene Söhle, kein Raumgefüge, nur Fadellicht; seine jüngernden Pflammen modellieren aus der Finsternis heraus einen Rattenkönig von Gestalten, ein Anäuel von menschlichen Leibern; niemand kann sagen, was da geschieht, ob Untaten der Liebe, ob Woz; aber es geschieht irgend etwas. Und irgend etwas packt uns und höht uns in einen Degenleffel von Gelächern. Eine blühende Heiligkeit, lächelnd und dümmelhaft. Heberbüsche, die Luft erfüllt von webendem und klirrendem Rhythmus: Cortes vor Montezuma. Eine Hügellinie, in sich zerbrochen, zertritten; ein feineres, tieferes Grau; die gefrickte Silhouette eines Kopprigen Gaus; und darauf die Hieroglyphen eines edigen Seileites: Don Quixote. Alle diese Hülle haben eine innere Uebereinstimmung: sie geben eine bizarre, eine pathetische, eine jäh ausschlagende, eine flackernde Bewegung, aber eben immer Bewegung. Die Farben fließen und schwingen und gleiten wie von ungefähr in Gestalten zusammen. Alle Evidenzschwere ist überwunden, das Gegenständliche ist aufgelöst in Emailleflüssen.

Das ist der eigentliche Siebogs. Nicht allgemein gültig wie Daumier, nicht das Leiden und die Sehnsucht einer ganzen Zeit empfindend, nicht wackelnd vor Hof und graufam in der Liebe, aber doch von einer optischen Leidenschaft, wie sie selten ist in deutschen Banden.

## Walter Hasenclever: „Der Sohn“.

Die geistige Kammermusikaufführung von Walter Hasenclevers „Sohn“, der ebenso wie eine Reihe anderer Dramen des jungen Deutschland nach dem erlauchten Ratsschlusse der Berliner Zensur, wenn überhaupt, so nur in geschlossenen Vereinsvorstellungen gespielt werden durfte, war die erste, in welcher ein bisher verbotenes Stück im neuen, nun auch vom Gerümpel polizeilicher Theaterbeurteilung befreiten Deutschland auf öffentlicher Bühne erschien.

Schade, daß es für die Gelegenheit kein Werk gab, das den Gegensatz zu all dem Ueberlebten, in dessen Namen die Polizei des früheren Regiments ihres Amtes walte, nachvoll in sich verdrö-

berte, kein Werk, das die Kustoggeber der Zensurbehörde zu fürchten vollen Grund besäßen. Der Kampf der Jugend mit dem Alter, den der junge Dichter in seinem Drama feiert, ist bei allen mitunterlaufenden revolutionären Worten schließlich doch nur aus der Perspektive eines gegen pathologische korrumpierte väterliche Herrschaft aufgebredenden Bourgeoisbüchens gesehen, in dessen dummben Faderbüchlein noch unbeschränkter Freiheit des Gemüses kein Schimmer großer menschlicher Freiheit über sich fällt. Nirgend erhebt sich das junge Mannes Sinn, ganz erfüllt vom Gasse der väterlichen Tyrannei (die übrigens heute keineswegs als typisch gelten kann) zur Empörung gegen das allgemeine, das soziale Unrecht, unter dessen Joch die Massen schmachten, so sehr doch gerade ein solcher Ruf im Weis jugendlichen, noch durch keine Kompromißgewohnung abgestumpften Fühlens und Denkens liegt. Damit erhält das Werk, und drambolische Rhythos der Auflehnung, erhält das Oelbild, wie es in dem Bewußtsein des Zwanzigjährigen sich spiegelt, eine Enge und verhängene Einseitigkeit, die, trotz so mancher eigenartig originalen Wendung, auf die Dauer das Interesse nicht zu fesseln vermag. Der Dichter strebt nach einer humanistischen Ausgestaltung des Konfliktes zwischen Jugend und Alter, aber das Wertvollste der Jugend, jener die Schranken des Eigeninteresses überfliegende, in seinen Forderungen revolutionäre Idealismus, entzieht sich den Mitteln seiner Symbolik.

Dieser Eindruck, den die Vereinbarstellung des Werkes in den Kammertheatern vor Monaten hinterließ, bestätigte sich bei der öffentlichen Wiederholung und erklärt es, daß der demonstrative Beifall am Schluß nicht ohne Opposition blieb. Die Rollenbesetzung war fast durchgängig die gleiche wie damals. Ernst Deutsch gab den effatisch schwärmenden Jüngling, Elise Heims die Ältere, gültig seelenvolle Frau, die, ihre künftigen Schmerzen klar vor Augen sehend, dennoch keine Leidenschaft erhört. Werner Kraus die spukhafte Figur des Freundes, der ihm die Pistole gegen den Vater in die Hand drückt. Eine glänzende Darstellung. In einer kleineren Nebenrolle trat der Verfasser selber auf.

## Notizen.

Der holländische Maler Christoph Sandrod veranstaltet in seinem Atelier, Nachstraße 10, an der Kaiserallee in Wilmersdorf eine Ausstellung holländischer Malerei, die täglich von 10—4 Uhr besichtigt werden kann. Auch drei kleine Gemälde alter holländischer Meister sind zum Verkauf mit aufgestellt: ein Rembrandt und zwei Ostade.

Theater. kommenden Dienstag findet im Kleinen Schauspielhaus die Aufführung des Schauspiel „Der Brand im Ozerhaus“ von Georg Kaiser statt. Das Werk wird vom Dichter in Szene gesetzt.

Wilibald Kraus' „Krieg“, eine Mappe von sieben Blättern, die „alten Völkern gewidmet“ ist, in der Schweiz bei Orell Gubli erscheint und von der deutschen Zensur verboten wurde, ist jetzt im Künstlerhaus, Bellevuestraße 4, ausgestellt.



# Die Heimkehr der Krieger in Wien.

Monarchistische Umtriebe.

Wien, 22. November. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Heute mittag wurde in den Straßen Wiens ein vom Staatsrat für Geeswesen unterzeichneter Aufruf an die heimkehrenden Krieger angeschlagen. Sie werden darin gemahnt, vom neuen Staat nicht augenblicklich Wunder zu erwarten. Es heißt dann weiter: Das alte Regime hat uns leere Magazine, unerhörte Schuldenlast und entwertetes Geld hinterlassen, kurzum alle veredlichen Schwierigkeiten. Selbst bei anstrengtester Arbeit kann man diese Schwierigkeiten nicht rasch überwinden. Man wird sich noch sehr lange einschränken müssen, und jeder muß ernstlich mitarbeiten, den neuen Staat zu befestigen. Einzelne Personen wissen, daß sie bei euch keine Sehnsucht nach Herrschaft der Kaiser, Generale und Finanzbarone erwecken können, und so glauben sie, euch dadurch für diesen Gedanken gewinnen zu können, daß sie euch erzählen, daß unter der neuen Regierung Gewalt und Raub blühen, um euch so in Erregung und zu Gewalttätigkeiten aufzubringen. Sie hoffen, so eine allgemeine Unordnung zu schaffen. In dieser Unordnung würden dann, so meinen sie, viele nach einem Helfer rufen, und als solchen auf den abgedankten Monarchen annehmen. Solche Umtriebe sind tatsächlich im Gange. Nach der Schwieg geschätzte österreichische Aristokraten betreiben Frankreich und England an, Soldaten nach Wien zu schicken, um die Republik zu Boden zu werfen, und den abgedankten Kaiser wieder auf den Thron zu setzen. Ihr werdet aber das zu verhindern wissen, und treu zum neuen Staat halten. Die Soldaten werden schließlich in dem Aufruf aufgefordert, die Waffen niederzulegen.

# Ganz Lemberg von den Polen besetzt.

Krakau, 22. November. Die Polnische Telegraphenagentur meldet: Divisionsgeneral Rozwadowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen heute früh die ganze Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

# Die Exklavierfrage.

Paris, 22. November. (Havas.) „Le Petit Journal“ schreibt über die Unterwerfung des früheren Kaisers: Dieser boten die alliierten Regierungen noch nicht über das Schicksal des Kaisers und eine etwaige Forderung nach Auslieferung entschieden. Sie haben die Niederlande immerhin wissen lassen, daß sie eine Vorzugsbehandlung des früheren Herrschers nicht zulassen könnten. Holland führe zu seiner Rechtfertigung an, daß der Kaiser seit seiner Abdankung aufgewacht habe, Soldat zu sein, und daß er infolgedessen wie ein einfacher Privatmann behandelt werden müsse.

Die Alliierten lassen diese Entschuldigung nicht gelten und verlangen, daß der frühere Herrscher vorläufig interniert werde. Sie weisen die Niederlande darauf hin, daß sie eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie in diesem Punkte nicht Genugtuung geben. Sie machen alle Vorbehalte hinsichtlich der weiteren Entscheidungen, die sie etwa später treffen können.

Rotterdam, 22. November. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat nach den englischen Blättern der frühere amerikanische Botschafter in Wien Venisfeld den Vorschlag gemacht, den deutschen Kaiser auf der Teufelsinsel zu internieren.

# Wilson an die Schleswiger.

Wien, 22. November. (Wien.) Dem Präsidenten Wilson im Zusammenhang mit dem Vertrag von Versailles. Wilson hat die Forderung der Schleswiger, nach dem Rechte selbst zu bestimmen, ob sie zu Deutschland oder Dänemark gehören wollen, zu unterstützen. Präsident Wilson antwortete, daß der Appell an die amerikanische Sympathie und die amerikanische Leidenschaft für Gerechtigkeit nicht unbeachtet bleiben werde. Nicht nur Amerika, sondern alle Völker hätten jetzt eine neue Auffassung von Werte der Gerechtigkeit erhalten und mühten sich zum Abstellen der Mißstände vereinigen, deren Fortdauer gegen die Grundzüge verstoßen würde, für die jetzt so viele Nationen kämpfen.

# Prinzipielle Staatschmaroher.

## Sin Protest gegen die Trennung von Kirche und Staat.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Hartmann, hat an die preussische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die bevorstehende Trennung von Staat und Kirche protestiert. Der Kardinal besetzt die Kühnheit, in diesem Schreiben der jetzigen Regierung kein weiteres Recht zuzugestehen als die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Wahrscheinlich hat das deutsche Volk Revolution gemacht, damit Kardinal Hartmann ungehindert sein Nachmittagsschläfchen halten kann!

Wenn der Kardinal weiter behauptet, durch die Verordnung würde die Verfassung verletzt usw., so steht dem entgegen, daß durch die Revolution prinzipiell neues Staatsrecht geschaffen wird. Es besteht gar kein Grund, aus dem der Staat eine bestimmte Kirche besonders unterstützen soll. Diejenigen, die das Bedürfnis zum kirchlichen Zusammenhalt haben, mögen auch die Kosten hierfür aufbringen. Es ist eine maßlose Ungerechtigkeit, auch die Teile des Volkes zur Erhaltung der Kirche auf dem Planweg über den Staat heranzuziehen, die gar nichts mit ihr zu tun haben wollen.

Prof. Nicolai und die Volksherrschaft. Prof. W. H. Nicolai von der Berliner Universität, dessen Tätigkeit im Ausland in letzter Zeit mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt, veröffentlicht jetzt in der „Christlichen Zeitung“ „Verdensgang“ eine Erklärung, er sei weder Anhänger Viehwechels noch der Sozialistengruppe, sondern im Gegenteil gegen eine bewaffnete Volksherrschaft. In einem Vortrag vor dem deutschen sozialistischen Verein „Vorwärts“ sagte er, er billige weder die Diktatur von oben noch die von unten, und sei gegen jeden Terror, weil der Fortschritt nie den Wegen der Gewalt folge, sondern nur der Ueberzeugung. Freiheit und Verantwortlichkeit müßten gemacht bleiben.

Der Potsdamer A. und S.-Rat stellt gegenüber der Behauptung der „Neuen Post“, daß der A. und S.-Rat Potsdam bis auf zwei Mitglieder aus hochfeudalen Herren zusammengesetzt sei, ausdrücklich fest, daß der gesamte Rat nicht ein einziges Mitglied aus Adelskreisen oder aus Kreisen aktiver Offiziere aufweist. Die betreffenden Offiziere seien im Ansturm der ersten Zeit zur Erledigung technischer Arbeiten herangezogen, aber nicht in den A. und S.-Rat aufgenommen worden.

Demobilisierung und Kriegsfreiwillige. Von der jetzt verfallenen Entlassung sind ausgenommen die Jahrgänge 1898-99. In einer Aufschicht werden wir daraus hingewiesen, daß hierin eine Härte gegen die Kriegsfreiwilligen liegt, die nun schon über vier Jahre im Felde gestanden haben und denen anheimend diese vier Jahre jetzt in keiner Weise angerechnet werden. Sollen sie jetzt das Pensionenmaterial abgeben? Hier scheinen besondere Bestimmungen des Kriegeministeriums notwendig.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern

hat der Verband Deutscher Damen- und Mädchenmützel-Fabrikanten in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung folgenden Beschlüssen: Angehörige, welche am 1. August 1914 bei der Firma tätig waren, und zwar alle zu den höchsten Einberufenen, werden wieder angestellt. Angehörige, welche während des Krieges ihre Stellung freiwillig gewechselt haben, sind von der Firma, bei der sie zuletzt tätig waren, zurückzunehmen. Bechlinge, die erst nach dem 1. August 1914 als Bechlinge eingetretten sind und während der Dauer des Krieges eingezogen wurden, sind wieder einzustellen. Die Anstellung hat auf mindestens drei Monate zu erfolgen. Den Wiedereinstellenden ist das Friedensentkommen zu zahlen, mindestens aber 150 RM. pro Monat, soweit das Friedensentkommen ein höheres war. (Wo bleiben die Teuerungszulagen? D. R.) Für Bechlinge ist eine besondere Vereinbarung zu treffen. Wirtschaftlich schwache Firmen, die nicht in der Lage sind, ihre sämtlichen früheren Angehörigen wieder einzustellen, und die von der Verpflichtung befreit sein wollen, müssen ihr Vermögen dem nachbenannten Schiedsgericht nachweisen, das darüber zu entscheiden hat, ob bzw. wieviel der früheren Angehörigen wieder angestellt werden müssen. Es wird ein Schiedsgericht gebildet unter dem Vorsitz eines von der Berliner Handelskammer zu bestimmenden Obmanns, das paritätisch von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und zwei Vertretern der Arbeitnehmer gebildet wird. Die Mitglieder sind gegen eine Konventionstrafe von 2000 RM. für den Einzelfall verpflichtet, die zum Beschluß erhabenen vorstehenden Anweisungen gewissenhaft zu erfüllen, soweit nicht zugunsten der Angestellten eine weitergehende gesetzliche Regelung in Kraft tritt.

Wir können diese Beschlüsse als ein Muster sozialer Einsicht nicht anerkennen. Daß die Wiedereinstellung bei dieser abnormen Teuerung zu den Friedenslöhnen erfolgen soll, ist unhaltbar.

Die Einführung des Achtstundentages und die Uebergangsbestimmungen im Bauhandwerk. Mit diesem Thema wird sich am Sonntag, dem 24. November, vormittags 10 Uhr, im „Rheinland“, Potsdamerstr. 3, Sankt-Johann, eine Versammlung der zahlreichen Bauhandwerkvereine Berlins und Umgebung beschäftigen.

## Richtlinien zum Achtstundentag

geben der Ministerpräsident und der Minister für soziale Fürsorge des Reichstages bekannt:

Überall dort, wo eine Erigerung der Produktion und Abänderung des Betriebes aus technischen Gründen mit dem vermehrte Einstellung von Arbeitern möglich ist, sollen durch Verhandlungen der Gewerkschaften oder Arbeiterausschüsse mit den Betriebsleitungen Vereinbarungen herbeigeführt werden, dahingehend, daß acht Stunden als Normalarbeitszeit gelten, darüber hinaus geleistete Arbeit als Überarbeit mit entsprechendem Zuschlag vergütet wird. Die Verteilung des achtstündigen Arbeitstages über die Woche soll derart sein, daß an den Sonnabenden der Arbeitsschluß mittags erfolgt. Über 48 Wochenstunden hinausgehende Arbeitsstunden werden als Überstunden vergütet. Die Arbeitspausen werden nicht auf die Wirtshauszeit angerechnet; ihr Zeitaufwand bleibt freier Vereinbarung von Arbeiterräten, Gewerkschaften und Arbeitgebern überlassen. Für Bergbau, Hütten- und Salinenbetriebe wird die Regelung in den nächsten Wochen den übrigen deutschen Betrieben angelehnt. Die vielfach erobene Forderung der 44stündigen Arbeitswoche erkennt die Regierung als berechtigt an und wird, sobald die jetzigen Schwierigkeiten gelöst sind, auch die Forderung der Achtstundentag unterstützen. In den Berufen, in denen schon eine längere Arbeitszeit besteht, darf keine Verschlechterung eintreten, auch dort wird das Bestreben nach Verbesserung von der Regierung anerkannt. Das Bestreben der Gewerkschaften, die Angehörigen und Beamten.

Überhaupt steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß überall, wo die Einstellung der Arbeiter in die Friedenswirtschaft es gestattet, eine weitestgehende Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen sei und daß der Achtstundentag in diesen Fällen unter keinen Umständen überschritten werden darf.

# Groß-Berlin

## Versammlung von Frontsoldaten.

Die Spartakusgruppe hatte heute Vormittag eine Versammlung der Frontsoldaten nach den „Spartakus“-Lehrern. Der Saal war überfüllt. Wieviel von den Anwesenden wirklich Frontsoldaten gewesen sein mögen, ist fraglich. Eine Kontrolle wurde nicht ausgeübt. Einem Viertel der Versammlung trugen Volksglieder. Wie der Einberufer mitteilte, hatte die Versammlung den Zweck, eine Vertretung der Frontsoldaten zu wählen und die Wahl vom weiteren Vertreter der auf den Bahnhöfen ankommenden Frontsoldaten zu organisieren und so einen Rat der Frontsoldaten zu schaffen, weil sie in dem Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat nur die Berliner Garnisonstruppen vertreten seien. Weiter war Raal Vorleser. Er führte aus, die Revolution müsse fortgeführt werden, bis die sozialistische Gesellschaft durchgeführt sei. Um dies Ziel zu erreichen, müßten die Arbeiter und Soldaten die Macht fest in der Hand behalten und sich die Macht, die sie noch nicht haben, nehmen. Dazu sei nötig, daß die Frontsoldaten eine Vertretung wählen. Am Vorschlag müßten sie ihre Stimmen erheben. Die Nationalversammlung würde nur eine Neuauflage des Reichstages sein. Haben Sie Lust, ein solches Schwachparlament zu wählen? (Hochrufe: Nein, nein!) Der Redner fährt fort: Keine Nationalversammlung, sondern eine Konvention der Arbeiter- und Soldatenräte. (Schwacher Beifall.) Wir haben die deutschen Imperialisten nicht gestrichelt, wir fürchten auch nicht die ausländischen Imperialisten. Wir werden auch mit Herrn Wilson fertig werden. Geben Sie Ihre Kräfte für die proletarische Weltrevolution ein. (Beifall.)

Der Versammlung lag eine Resolution vor, die sich für die Wahl eines Rates der Frontsoldaten erklärt und die Forderung aufstellt, daß dieser Rat der Frontsoldaten dem Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat beitreten solle. Sollte der Frontsoldatenrat dort nicht zugelassen werden, so soll er eine eigene Vertretung der Frontsoldaten bestimmen. — Der Schluß der Diskussion setzte die Diskussion ein.

## Wieviel Gas darf ich verbrauchen?

Diese Frage wird immer wieder am und gerichtet. Man beachte, daß die Vorschriften über den Gasverbrauch ihre Geltung behalten haben. In jedem Vierteljahr sind neun Zehntel (90 Proz.) desjenigen Verbrauchs erlaubt, den der betreffende Gasabnehmer in demselben Vierteljahr von 1910 hatte. Den höchsten Gasabnehmer ist ein Mindestverbrauch auch zugelassen, den sie unter allen Umständen haben dürfen. Er beträgt für Januar bis März zusammen 105 Kubikmeter, für April bis Juni zusammen 70 Kubikmeter, für Juli bis September zusammen 70 Kubikmeter, für Oktober bis Dezember zusammen 120 Kubikmeter. Es empfiehlt sich, den Verbrauch möglichst täglich vom Gasmesser abzufragen. Benutzer von Runggasmessern interessieren sich mehr für die Zahl der ausgenommenen Gasstunden als für die der verbrauchten Kubikmeter. Die Gaswerte der Stadt Berlin geben durch Runggasmesser für 1 Groschen etwas mehr als 1/2 Kubikmeter (genau: 542 Liter), und ähnlich ist auch bei den anderen Gaswerken im Gebiet des Reichsverbandes Groß-Berlin die von den Runggasmessern gelieferte Gasmenge bemessen. Da für Oktober bis Dezember ein Mindestverbrauch von 120 Kubikmeter erlaubt ist (falls

nicht die sonst zugelassenen neun Zehntel des Verbrauches aus Oktober bis Dezember 1918 darüber hinausgehen), so können in diesem Vierteljahr auf den Tag durchschnittlich 1 1/2 Kubikmeter verbraucht werden. Dieser Durchschnittsverbrauch für einen Tag erfordert mehr als 2 Groschen, den Durchschnittsverbrauch für zwei Tage liefert der Runggasmesser für nicht ganz 3 Groschen. Für die Vierteljahre mit anderem Mindestverbrauch gilt das natürlich nicht. Im Sommer z. B. soll man mit der für 5 Groschen gelieferten Gasmenge durchschnittlich 8 1/2 Tage zureichen.

## Ein Opfertag für die heimkehrenden Krieger.

Wir werden um Aufnahme folgenden Aufrufs gebeten: Ein Willkommen unseren Kriegern! Wir grüßen sie, die in diesen Tagen nach jahrelanger Abwesenheit auf den heimatischen Boden wieder zurückkehren, nicht nur mit dem Symbol roter Freundschaftsblumen und Fahnen, nein, unser Willkommenstrahl, unser Dank sei eine Tat!

Die Gewerkschaft Deutscher Bühnengedienten hat den deutschen Schauspielern die Anregung gegeben, den vollen Ertrag eines Arbeitstages den heimkehrenden Kriegern darzubringen. Es ist sicher, daß die deutschen Schauspieler dieser Aufforderung mit Freude und Begeisterung folgen werden.

Als Opfertag der Schauspielergewerkschaft ist Sonntag, der 1. Dezember, bestimmt.

Neben auch alle anderen Berufe, organisierte und nichtorganisierte, diesem Beispiele folgen! Gewerkschaften, Innungen, Verbände schließt auch diesem Opfertage an! Angestellte, Beamte, Landwirte, Kaufleute, Gewerbetreibende, freie Künstler und alle anderen Volksgenossen beiderlei Geschlechts, auch ihr soll diesem Rufe folgen.

Alle Volksgenossen im ganzen Reich, wie groß oder wie klein ihr Vermögen sei, müssen sich zu einem Opfertag der Heimat für die heimkehrenden Krieger vereinen und den Ertrag nur eines Arbeitstages als Aufrichtes Dankeszeichen unseren tapferen Heldengräbern entgegenbringen.

Dieser Dank des ganzen deutschen Volkes bringt unseren Kriegern zum Bewußtsein, daß die Heimat zu wärtigen weiß, was sie geleistet und gelitten haben.

Gewerkschaft Deutscher Bühnengedienten.

## Zur Amtsenthebung des Bürgermeisters Köhler

In Rahnsdorf wird uns gemeldet, daß er aus der vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat verfügten Schulpflicht entlassen worden ist. In der letzten Rahnsdorfer Gemeindevertretung erbat die von kommunalratliche Gemeindevorsteher Köhler verteilte die von Bürgermeister Köhler verteilte Finanzpolitik, die den Anlaß zu seiner Amtsenthebung gegeben hat. Köhler hat danach in Berlin und Cöpenick größere Darlehen ohne Zustimmung der Gemeindevertretung und ohne Genehmigung des Kreisbauamtes aufgenommen. Es besteht eine Schuldenlast von 886 000 RM., deren am 1. November nur 12 000 RM. gegenübersteht. Von einigen Gemeindevorständen wurden die Werte des von der Gemeinde gepachteten Gutes Rahnsdorf etwas höher beziffert. Es steht jedoch fest, daß die Bücher nicht ordnungsmäßig geführt worden seien. Die Gemeindevertretung beschloß, einen Büchereivorpost hinzuzusetzen und sich wegen weiterer Aufklärung der Sache mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung zu setzen.

## Für die Konstituante.

In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Stadtbereichs für Berlin II sprach Genosse Richard Fischer über „Deutschland in der Revolution“. Wiederholte er aus, das Wort sich bewahrheitet, daß Revolutionen nicht gemacht werden, sondern kommen. Wie kam diese Revolution? Köhler, ob sie kommen würde, war die Frage, sondern nur, wann. Der Ratofaßrat in Kiel hat die Revolution vorwärtszutreiben gemittelt. Doch die Ursachen der Revolution liegen selbstverständlich tiefer. Sie war vorbereitet durch die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer Einsicht in die Notwendigkeit der Revolution. Die Ursachen der Revolution liegen im Krieg. Sie hat die politische und wirtschaftliche Aufbruchsbewegung. Aber mit dem Sieg der sozialistischen Gedanken in diesem Krieg trat und das Unglück, daß wir nicht als einzige Partei standen. Wie leicht könnten wir sonst in manchen Schwierigkeiten überwinden! Unter der Anleitung jeder Zeit die Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie. Wir haben in Deutschland vor einer geradezu furchtbaren Aufgabe. Wir befinden uns jetzt in der Lage der Erben eines großen Geschickes, das sie verliert überwinden müssen. So haben die Sozialisten, die Arbeiter, die Arbeiter, die Arbeiter, und Deutschland hinterlassen. Wie soll nun die Revolution gelöst werden? Das sagt unser sozialdemokratisches Programm. Sozialdemokraten, die ihrer Verantwortung und ihrer Ueberzeugung von Weitem wollen, können nur für eine Konstituante eintreten. Sie müßten später einer republikanischen Verfassung die Verantwortung übergeben. Schon schließt das Programm sich an. Wenn die Führer der Sozialdemokratie wenig sind, müssen die Arbeiter einig sein und solche Führer befestigen. Ohne Konstituante bekommen wir keinen Frieden, auch keine Lebensmittel und keine Rohstoffe. Wir haben der englischen und amerikanischen Vorgänge gegenüber, die aus der Sicht der dem Volkswohl und dem Frieden nicht geben will. Ich verweise auf die nicht nur sozialistische, sondern auch demokratische Meinung des deutschen Arbeiters. In sie wird der Volkswohl weiter zu scheitern. Wir werden, solange der Referent unter lebhaftem Beifall der Versammlung, den Sieg erringen und dann die sozialistischen Einrichtungen schaffen. In der Diskussion betonten mehrere Redner die Notwendigkeit, durch Aufklärung der Massen die Wahlen zur Konstituante vorzubereiten.

Genossin. Uebergangswirtschaft. Zur Besprechung von Fragen der Uebergangswirtschaft und Erwerbslosenfürsorge hatten sich auf Einladung des Oberbürgermeisters Kaiser Vertreter der Gewerkschaften, des Stadtbereichs und der Arbeitervereine eingefunden. Der Oberbürgermeister führte aus, daß die Stadtgemeinde Krefeld alles tun werde, um einer Arbeitslosigkeit zu wehren. In der Hauptfrage sei geplant, umfangreiche Rohstoffarbeiten auszuführen und die Industrie in jeder Weise behilflich zu sein. Die Arbeiterbetriebe auf die Friedenswirtschaft umzustellen. Die Stadtgemeinde werde es sich angelegen sein lassen, die Führungen von Rohstoffen nach Krefeld zu fördern und nach Möglichkeit auch selbst als Arbeitgeberin aufzutreten. Er schlug vor, in den Demobilisierungsbüros auf den Großbetrieben je 2 Arbeiter und Arbeitnehmer, aus den Handwerksbetrieben je 2 Vertreter, aus den städtischen Körperschaften 2 Kapitulummitglieder und 3 Stadtbereichsmitglieder und aus dem Arbeiter- und Soldatenrat 2 Mitglieder hinzuzusetzen. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Beratung des Ausschusses einverstanden. — In der Debatte wurde insbesondere die Transport- und Rohstofffrage gewürdigt, zu deren Lösung der Oberbürgermeister wiederum die Hilfe der Stadt in Aussicht stellte. Einzelfragen sollen dem Demobilisierungsausschuß überlassen werden. Sämtliche Redner erklärten sich damit einverstanden, ihre früheren Arbeiter in ihre Betriebe wieder einzustellen, ohne die zurzeit tätigen zu entlassen. Die Industriellen erklärten sich ferner bereit, mit der Stadtgemeinde gemeinschaftlich alle Maßnahmen zu treffen, um einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

— Die Zeit zur Abholung der Zwiebeln ist bis zum 27. verlängert worden.

Das Eintreffen der Berliner Truppen verschoben. Die Erwartung, daß die ersten Berliner Truppen bereits am heutigen Sonnabend in ihre Garnison zurückkehren würden, hat sich nicht erfüllt. Wie wir von zünftiger Stelle erfahren, wird sich die Ankunft um einige Tage verzögern. Erst am morgigen Sonntag werden die ersten Gardebataillone zur Rückfahrt nach der Heimat verladen werden, so daß ihr Eintreffen hier erst in etwa 3 bis 4 Tagen zu erwarten ist.



